

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

jetzt hat Bundes-Mautminister Dobrindt offenbar eingesehen, dass sein politisches Foulspiel im Straßenbau bei den Menschen im Südwesten schlecht ankommt. Anders als noch vor kurzem von seinem Staatssekretär Norbert Barthle verkündet, gibt es jetzt plötzlich doch Geld für Bundesstraßen-Bauprojekte im Ländle. Das ist erfreulich, allerdings liegt der Schwerpunkt von Dobrindts Verkehrsinvestitionspaket viel zu sehr auf Straßen-Neubau. Die dringend benötigte Instandhaltung kommt eindeutig zu kurz, umweltfreundliche Schienen- und Wasserverkehrswege gehen gänzlich leer aus. Beim Autobahnbau setzt der Minister beratungsresistent auf ÖPP-Finanzierung auf Kosten künftiger Generationen – und zur Freude von Kapitalanlegern, die davon profitieren.



CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl fiel mit seinem markigen Versprechen auf die Nase, „jedem Schwarzwaldhof“ einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet zu garantieren. Staatssekretärin Dorothee Bär (ebenfalls CDU) ließ ihn eiskalt abblitzen und erklärte auf Anfrage, eine gesetzliche Verpflichtung zum Ausbau des schnellen Internets scheidet „angesichts der europarechtlichen Vorgaben“ aus. Dabei wäre ein Breitband-Universaldienst durchaus richtig. Der von Strobl bemühte Schwarzwaldhof ist allerdings kein passendes Beispiel für den Mangel. Denn in Baden-Württemberg hat Grün-Rot den Breitbandausbau beispiellos vorangebracht. Das weiß auch Strobl. Sein Vorstoß gibt einen Vorgeschmack auf substanzlos-wolkige Landtagswahlversprechen einer aussichtslosen Opposition.

Wir kämpfen dafür, dass Winfried Kretschmann und die grün-rote Landesregierung ihre gute und allseits anerkannte Arbeit auch nach 2016 fortsetzen können. Das Land hat es wirklich verdient. Wir Mitglieder der Landesgruppe bieten an, euch in den nächsten intensiven Monaten in den Kreisverbänden mit Abend- oder Tagesveranstaltungen, Film- und Diskussionsabenden und anderen Formaten zu unterstützen. Bitte beachtet unsere Anschreiben mit Veranstaltungs- und Terminangeboten und meldet euch bei uns.

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe und sonnige Sommertage!

KERSTIN ANDREAE

Scheitern erlaubt! Plädoyer für eine Gründungskultur **2**

FRANZISKA BRANTNER

Berlin kuschelt vor Al-Sisi, Kindern eine Stimme geben **4**

AGNIESZKA BRUGGER

Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer, Skandal um G 36 **6**

HARALD EBNER

Glyphosat, Gentechnik, Waldgesetz: Schmidt tatenlos **8**

MATTHIAS GASTEL

DB-Fernverkehr, S21, Rheintalbahn, Carsharing **10**

SYLVIA KOTTING-UHL

Atomausstieg konsequent zu Ende führen **12**

CHRIS KÜHN

Klimawohngeld und Grüne Freiräume in der Stadt **14**

BEATE MÜLLER-GEMMEKE

Viel Streit im Ausschuss für Arbeit und Soziales **16**

CEM ÖZDEMİR

Neue GRÜNderzeit, Freiheitsrechte im digitalen Zeitalter **18**

GERHARD SCHICK

Mehr Europa statt Grexit **20**

SERVICE

Betreuungswahlkreise, Impressum **22**



KERSTIN ANDREAE

STELLVERTRETENDE FRAKTIONSVERSI STZENDE

WWW.KERSTIN-ANDREAE.DE

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andreae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Tel. 0761 / 8886713, Fax 0761 / 8886714, kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Die Gründung einer GmbH dauert in Deutschland im Schnitt 15 Tage. In Australien lässt sich eine Firma mit vergleichbarer Rechtsform in zwei Tagen gründen. In Neuseeland und Kanada dauert das drei, in Dänemark und den USA vier Tage. Bis zu neun Stellen muss ein Neugründer in Deutschland ansteuern, darunter das Finanzamt, die Gewerbeaufsicht und die zuständige Kammer. Was in anderen Ländern bereits Praxis ist, nämlich „One-Stop-Shop´s“, also eine Anlaufstelle für alles, ist in Deutschland Zukunftsmusik und steht allenfalls auf der Wunschliste der Bundesregierung.

Nicht nur vor einer Unternehmensgründung, auch in den ersten beiden Jahren danach haben es Gründerinnen und Gründer nicht leicht. Sie müssen viel Zeit für administrative Tätigkeiten aufbringen, die ihnen beim Aufbau der eigenen Firma fehlt. Klar, nicht alles funktioniert unreguliert, aber an manchen Stellen geht die Bürokratie zu weit. Ich denke da zum Beispiel an die monatliche Umsatzsteuervoranmeldung oder die Arbeitsstättenverordnung in all ihren Facetten. Geben wir unseren Neugründern die Möglichkeit zum Durchstarten und verzichten wir in den ersten beiden Jahren soweit wie möglich auf die üblichen Bestimmungen und Regeln.

Ist Deutschland ein Entwicklungsland in Sachen Gründungen? Fakt ist jedenfalls: Die Zahl der Gründerinnen und Gründer nimmt in Deutschland kontinuierlich ab. Während 2004 noch insgesamt 572.000 Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt haben, waren es im vergangenen Jahr nur noch rund 310.000 gewesen. Das ist ein Rückgang von mehr als 40 Prozent innerhalb von 10 Jahren. Selbst wenn wir die „Ich-AGs“ rausrech-

nen, die gerade 2004 stark in Mode waren, ist der Trend negativ. Da können auch nicht einige gute und erfolgreiche Start-Up´s der vergangenen Jahre darüber hinwegtäuschen.

Es gibt viele Gründe, die kreative und gründungswillige Köpfe davon abhalten, den Weg in die Selbstständigkeit zu wagen. Neben bürokratischen Hürden, fehlt es oft an Kapital für die notwendige Anschubfinanzierung. Die bestehenden öffentlichen Förderprogramme sind unübersichtlich, teilweise unbekannt und nicht ausreichend. Dabei geht es gar nicht um große Summen. Gerade Kleinkredite sind ein wirksames Instrument, um Gründungswillige in Branchen, die keine hohen Anfangsinvestitionen erfordern, den Schritt in die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Dazu gehört der Mikrokreditfonds, der aus Bundesmitteln und Gelder des Europäischen Sozialfonds aufgelegt wurde. Dieser Fonds zur Unterstützung von Klein Gründungen ist aber zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt und es fehlt die Verzahnung mit ähnlich ausgerichteten Gründerkrediten der KfW-Bankengruppe, so dass Synergien in der Gründungsförderung verschenkt werden.

Öffentliche Venture Capital-Fonds wie der Hightech-Gründerfonds sind eine wichtige Finanzierungsquelle für innovative Unternehmen. Sie können aber einen dynamischen privaten VC-Markt mit Investoren, die auch als Business Angels wichtige Impulse für junge Unternehmen liefern, nicht ersetzen. Seit fast zwei Jahren wartet die Start-Up-Szene auf das im Koalitionsvertrag angekündigte Venture-Capital-Gesetz, das hierfür den rechtlichen Rahmen bietet und High-Tech-Gründungen erleichtert. Dazu gehört auch eine steuerliche Förde-

SCHEITERN ERLAUBT!

PLÄDOYER FÜR EINE GRÜNDUNGSKULTUR IN DEUTSCHLAND



rung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Ein Anreiz, den alle gut finden – neben Wirtschaft und Wissenschaft auch Vertreter von Union und SPD. Trotzdem scheut die Bundesregierung die Umsetzung. Ein weiteres Mittel um den Rückgang von Gründungen zu stoppen, wäre eine bessere Ausgestaltung des Gründungszuschusses der Bundesagentur für Arbeit (BA). Dessen Vergabe wurde vor vier Jahren massiv eingeschränkt. Seither ist die Gewährung eine Ermessensleistung der BA mit gravierenden Auswirkungen. Die Neuvergabe des Zuschusses sank von 127.000 Fällen in 2011 auf nur noch 30.000 Förderfälle in 2014. Damit ist der Gründungszuschuss als eines der wirksamsten Förderinstrumente der vergangenen Jahre faktisch gestorben.

Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Der Spruch mag verstaubt klingen, aber bereits in der Schule könnte ein positives Bild von Unternehmertum vermittelt werden. Ökonomische Bildung findet an Deutschlands Schulen kaum statt. Es gibt in wenigen Bundesländern Schulfächer wie Wirtschaft und Recht die auch ökonomische Inhalte vermitteln sollen. Hierbei handelt es sich jedoch zumeist um Mischfächer, die zudem nur in wenigen Klassenstufen unterrichtet werden. Die flächendeckende Einführung eines Schulpflichtfachs „Wirtschaft“ nach dem Beispiel von Baden-Württemberg wäre eine gute Grundlage, bei jungen Menschen das Interesse an einer selbständigen Tätigkeit zu wecken. Sie bekommen außerdem theoretisches und praktisches Grundwissen über wirtschaftliche Abläufe. Auch an unseren Universitäten kommt das Thema Unternehmensgründung noch zu kurz – sowohl in den Lehrplänen, als auch in Form von Projekten, Gründertrainings und weiteren Angebo-

ten. Dabei zeigt die Erfahrung, dass es aus dem universitären Bereich erfolgreiche Gründungen, gerade auch im Bereich von High-Tech-Unternehmen geben kann. Um dieses Potential nutzen zu können, sollten praxisorientierte Kurse zum Thema Unternehmensgründung angeboten werden. Zudem sollten die Universitäten ihr Angebot an Beratungen für potentielle Gründerinnen und Gründer ausbauen.

Wer sich durch den Behörden- und Förderdschungel gekämpft und seine Firma erfolgreich gegründet hat, läuft dennoch Gefahr zu scheitern. Das kann trotz Businessplan, Anschubfinanzierung und bestmöglicher Vorbereitung passieren. Scheitern gehört zum Gründen dazu – das gilt für jedes Land. Aber in keinem anderen Industrieland ist das Misstrauen so groß wie in Deutschland. Wer einmal insolvent gegangen ist, trägt den Makel des „Pleitiers“ sowie seine negative Schufa-Eintragung wie ein Brandmal vor sich her. Die Angst vor sozialem Abstieg ist so groß, dass viele Gründungswillige die Selbstständigkeit deshalb scheuen. Dabei sind das Misstrauen und das gesellschaftliche Stigma unbegründet. Bereits vor Jahren stellten Berater der Boston Consulting Group fest, dass gescheiterte Unternehmen im zweiten Anlauf den Umsatz schneller steigern und mehr Arbeitsplätze schaffen als Firmengründer ohne schlechte Erfahrungen.

Schaffen wir eine Gründungslandschaft, die es uns erlaubt Kreativität auszuleben, Unternehmertum auszuprobieren und finanzielle Risiken einzugehen. Wir haben wenig zu verlieren, aber viel zu gewinnen.



DR. FRANZISKA BRANTNER

SPRECHERIN FÜR KINDER- UND FAMILIENPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 18-20, 69115 Heidelberg

Tel. 06221 / 9146620, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

ÄGYPTEN: BERLIN KUSCHT VOR DEM AUTOKRATEN AL-SISI

In Ägypten herrscht seit Juni 2014 der frühere Armeechef Abdel Fattah al-Sisi mit harter Hand. Tausende Oppositionspolitiker, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten sitzen in Haft – viele von ihnen sind nie einem Richter vorgeführt worden. Ein Moratorium für die Ausübung der Todesstrafe wurde aufgehoben; Hunderte von Todesurteilen in Massenverfahren; Menschenrechtsorganisationen können nicht mehr arbeiten; seit eineinhalb Jahren kein Parlament mehr.

Seit Herbst 2014 bemühte sich Al-Sisi um eine Einladung nach Berlin. Lange Zeit argumentierte die Bundesregierung, der Präsident könne kommen – aber erst, nachdem in Ägypten Parlamentswahlen stattgefunden hätten. Im März jedoch ließ Schwarz-Rot diese Konditionierung fallen. Zeitgleich wurde der größte Auftrag in der Firmengeschichte von Siemens in Milliardenhöhe vorangetrieben.

24 Stunden vor der Ankunft Al-Sisis in Berlin wurde in Kairo der prominente Bürgerrechtler Mohamed Lotfy festgesetzt, Sicherheitskräfte entzogen ihm den Pass. Lotfy sollte am Abend des 2. Juni an einer von mir organisierten öffentlichen Anhörung sprechen. Das Ausreiseverbot diente allein dem Zweck, eine oppositionelle Stimme daran zu hindern, über die wahren Zustände im Willkür-Regime Al-Sisis zu berichten. Lotfys Festsetzung bestätigte Warnungen von Organisationen wie Amnesty International, die gegen die Einladung Al-Sisis protestiert hatten.

Tags drauf hob Kanzlerin Angela Merkel die „hohe strategische Bedeutung“ Ägyptens hervor. Man habe aber auch über strittige Themen gesprochen; Merkel betonte

immerhin, dass „unter keinen Umständen“ Menschen zum Tode verurteilt werden dürften. Unions-Fraktionschef Volker Kauder gab derweil dem ägyptischen Staatsfernsehen ein Interview und lobte das Justizwesen des Landes; unfassbar!

Sollte sich jemand Hoffnungen hingegeben haben, Merkel und Co. würden Al-Sisi zu Zugeständnissen bewegen, wurden diese enttäuscht. In allen Gesprächen sei die Menschenrechtsslage in Ägypten „ausführlich angesprochen“ worden, teilte mir das Auswärtige Amt auf Anfrage mit. Al-Sisi habe „bestimmte Menschenrechtsfälle vertraulich aufgenommen“. Aber: „Konkrete Zusagen zur Verbesserung hat er nicht gemacht.“ Die Bundesregierung werde die Lage der Menschenrechte „weiter kritisch beobachten“ und sich für deren Schutz „entschieden einsetzen“.

Was danach passierte, machte die Peinlichkeit(en) für Al-Sisis Gastgeber komplett. Kaum hatte er Berlin verlassen, wurde das Todesurteil gegen Ex-Präsident Mursi bestätigt. „Wenn Frau Merkel ihre Kritik und Ablehnung der Todesstrafe ernst gemeint hat, muss sie jetzt ihre Stimme gegen das jüngste Urteil gegen Mursi erheben“, erklärte ich.

Am 20. Juni schließlich wurde auf dem Flughafen Berlin-Tegel der Korrespondent des arabischen Senders Al Dschazeera, Ahmed Mansour, festgenommen. Nach 48 Stunden kam er wieder frei, aber schnell war klar: Die Bundesministerien des Inneren und der Justiz hatten wie auch das Auswärtige Amt versagt: Mansour war aufgrund eines ägyptischen Haftbefehls, der ausdrücklich nicht von Interpol bestätigt worden war, festgesetzt worden. Wir haben die Bundesregierung daraufhin mit unzähligen Fragen konfrontiert. Brauchbare Antworten? – Fehlanzeige!

BERLIN KUSCHT VOR AL-SISI UND KINDERN EINE STIMME GEBEN



Ägypten ist ein wichtiges Land in einer von schweren Krisen geplagten Region. Es könnte, ja es müsste ein Stabilitätsanker sein. Aber es ist kein solcher. Sein Regime setzt nicht auf Versöhnung sondern auf Polarisierung und Unterdrückung. Es schließt nicht nur die Muslimbrüder, die jungen Demokratieaktivisten, kritische Journalisten und Politiker aus, sondern radikalisiert viele von ihnen durch willkürliche Festnahmen, Folter und Jahre im Gefängnis ohne Urteile. Aber wie im Irak gesehen, ist kein Regime mittelfristig stabil, das einen relevanten Anteil seiner Bevölkerung unterdrückt. Für eine echte Partnerschaft stünde es Deutschlands Verantwortlichen gut an, dies Al-Sisi klar zu machen.

DEN KINDERN ENDLICH EINE STIMME GEBEN

Mitte Juni befassten wir uns im Bundestag mit der Petition der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin zur Einsetzung eines **Kinder- und Jugendbeauftragten im Bundestag**. Die Forderung nach einem solchen Posten wurde schon nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention in den 90er Jahren aufgegriffen – jedoch ohne Erfolg. Diesmal unterzeichneten 114 000 Menschen die Petition und starten dadurch erneut die Debatte.

Deutschland ist als Vertragsstaat der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet, eine unabhängige Institution auf nationaler Ebene zu schaffen, an die Kinder sich mit Beschwerden wenden können, ebenso wie eine unabhängige Monitoring Stelle, die die Umsetzung der UN Konvention beobachtet. Mit Ausnahme von vier Staaten (darunter Deutschland) verfügen alle EU-Partner über ein solches Gremium für Kinder.

Nach langem Drängen hat das Bundesfamilienministerium 2015 endlich eine unabhängige Monitoring- (Beobachtungs-)Stelle am Deutschen Institut für

Menschenrechte eingerichtet. Dies war ein wichtiger Schritt, aber er reicht noch nicht aus mit Blick auf Beschwerdemöglichkeiten.

Ein Kind wird sich mit einer Beschwerde eher an eine Ansprechperson in seiner direkten Nähe wenden. Aufgabe des Kinderbeauftragten im Bund könnte deswegen sein, aus den verschiedenen Beschwerden auf kommunaler und Landesebene die sich häufenden und generellen Probleme abzuleiten und gegebenenfalls Vorschläge für Gesetzesänderungen an die Bundesebene weiterzugeben. Also eine Art Filterfunktion. Zusätzlich könnten Kinder sich auch direkt an diese Stelle wenden, also eine Art „Kummerkasten“. Dafür muss das Amt mit den notwendigen Kompetenzen, wie etwa einem Auskunftsrecht gegenüber öffentlichen Stellen des Bundes, ausgestattet sein; der Beauftragte müsste unabhängig und nicht weisungsgebunden arbeiten. Natürlich sollte sich der oder die Beauftragte auch in politische Debatten einbringen und die Rechte von Kindern verteidigen.

Unabhängig davon setzen wir uns für Ombudschaften in der Kinder- und Jugendhilfe ein, ebenso wie eine bessere finanzielle Ausstattung dieser Hilfe. Fast alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommen mit Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Berührung; nicht immer haben sie jedoch die Möglichkeit, dort gegen die Verletzung ihrer Rechte vorzugehen. Verweigern Jugendämter ihnen Hilfen, wissen die Betroffenen oft nicht, wo sie sich beschweren können. Wir haben deswegen in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, ein Bundesprogramm zur Förderung von Ombudschaften aufzulegen.



AGNIESZKA BRUGGER

SPRECHERIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK UND ABRÜSTUNG

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,

Tel. 0751 / 3593966, Fax 0751 / 3593967 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

FLÜCHTLINGSKATASTROPHE IM MITTELMEER

Die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer hat auch mich in den letzten Wochen einmal mehr viel beschäftigt und sehr bewegt. Seit Jahren sterben tausende Menschen vor der europäischen Haustür, während sie versuchen, vor Krieg, Verfolgung und Hunger in Europa Zuflucht zu finden. Doch die europäischen Mitgliedsstaaten investierten lieber in die **Grenzsicherung statt in die Seenotrettung** und legale und sichere Einwanderungswege sowie die Bekämpfung der Flüchtlingsursachen. Schon seit Jahren fordern wir Grüne mehr gegen die Ursachen von Gewalt, Armut und Hunger auf der Welt zu tun. Deshalb wollen wir beispielsweise viel mehr Mittel für die Entwicklungspolitik, eine Stärkung der Vereinten Nationen, mehr deutsches Engagement in den Friedensmissionen, eine engagierte Klimapolitik, eine gerechte Außenhandelspolitik und weniger deutsche Rüstungsexporte. Die aktuelle Politik der Bundesregierung folgt leider an vielen dieser Stellen einer anderen und nationalen Logik, die sich am eigenen Profit orientiert. Das ist weder klug noch gerecht.

Nun diskutieren die europäischen Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister seit mehreren Wochen eine **militärische Mission im Mittelmeer**, die genau nahtlos diese falsche Politik fortsetzt und mich fassungslos macht. In der ersten bereits begonnenen Phase dieser Mission mit dem Namen EUNAVFOR MED sollen dabei Informationen über die Flüchtlingsströme und die Strukturen der Schlepper durch Aufklärung gesammelt werden. Besonders hochproblematisch ist aber die zweite und dritte Phase, die die militärische Bekämpfung der Schlepper in den libyschen Hoheitsgewässern und in Libyen an Land zum Ziel hat. Für diese beiden Phasen fehlt bisher die völkerrechtliche Grundlage. Der Bundestag wurde dabei über zentrale Planungen bewusst im Dunkeln gelassen. Gleichzeitig befindet sich die Bundeswehr mit zwei Schiffen vor Ort und rettet aktuell in Seenot geratene Flüchtlinge.

Die **Bekämpfung der Schlepper** durch das Militär ist die absolut falsche Antwort auf die Flüchtlingsdramen im Mittelmeer. Es wäre auch für die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten angesichts der völlig unübersichtlichen Lage in Libyen ein hochgefährlicher Einsatz. Viele Schlepperbanden haben Zugang zu Waffen und kooperieren mit gewaltbereiten Milizen und Islamisten. Es ist zudem völlig unklar, wie man Schlepperboote eigentlich ausfindig machen will, weil diese beispielsweise häufig auch zum Fischen genutzt werden.

Die jetzt geplante Militärmission setzt die Flüchtlinge nur noch größeren Gefahren aus und birgt ein großes **Eskalationsrisiko**. Die Mission würde die Strukturen der Verbrecher, die das Leid der Flüchtlinge ausnutzen, nicht wirklich nachhaltig schwächen. Im Gegenteil: Diese würden ihr zynisches Geschäft einfach anders organisieren und wahrscheinlich weiter aufrüsten. Vielmehr wären für die Flüchtlinge in Not eine **funktio-nierende Seenotrettung sowie legale und sichere Einwanderungswege nach Europa** überlebenswichtig – doch an diesen Aufgaben scheitern die europäischen Staaten bisher kläglich. Es ist eine Schande, dass die militärische Bekämpfung jetzt mit Hochdruck vorangetrieben wird, während dringend notwendige Maßnahmen bei der Seenotrettung nur völlig unzureichend gestärkt werden.

Viel sinnvoller als das militärische Vorgehen gegen Schlepper ist der Beitrag der **Bundeswehr** zur Rettung der Flüchtlinge. Ich bin dankbar für jeden Menschen, der aktuell durch die Zivilgesellschaft oder die Soldatinnen und Soldaten gerettet wird. Allerdings ist dies eigentlich weder die originäre Aufgabe von Organisationen wie Sea-Watch, Ärzte ohne Grenzen oder der Bundeswehr, sondern nur ein weiterer Beleg für das Versagen der europäischen Mitgliedsstaaten. Es ist ein Armutszeugnis für die europäische Flüchtlings-

POLITIK DER VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT FLÜCHTLINGSKATASTROPHE IM MITTELMEER SKANDAL UM DAS STURMGEGWEHR G 36



politik, dass die Mitgliedstaaten lieber die Mauern um Europa weiter hochziehen, statt endlich verantwortungsvoll und vorausschauend die Fluchtursachen wie Hunger und Krieg zu bearbeiten.

G36, UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS UND DAS VERSAGEN VON FRAU VON DER LEYEN

Die Affäre um das G36, dem Standardgewehr der Bundeswehr, hätte nach monatelangem Hin und Her fast zu einem **parlamentarischen Untersuchungsausschuss** geführt. Hierbei ging es vor allem darum, eine verherrende Politik zu entlarven, wo im Interesse eines Rüstungsunternehmens über Jahre hinweg Probleme in erschreckendem Ausmaß vertuscht worden sind, während die Belange der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, des Parlaments sowie der Soldatinnen und Soldaten offensichtlich kein Gehör gefunden haben. Wir Grüne haben den Untersuchungsausschuss gefordert, um hier endlich Licht ins Dunkel und hinter die Kulissen zu bringen. Nach der Lektüre von mehreren tausend Seiten Akten und widersprüchlichen Aussagen aus dem Verteidigungsministerium ist nun mehr als deutlich geworden, dass nur die Vernehmung von Zeugen, die Chance geboten hätte, den Filz zwischen Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium lückenlos aufzuklären. Besonders erschreckend war unter anderem die Enthüllung, dass Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums gemeinsam mit Heckler & Koch versucht hatten, den **Militärischen Abschirmdienst (MAD)** gegen Kritiker des Rüstungsunternehmens einzuschalten und Quellen auszuforschen. Offensichtlich gab es eine schwarze Liste mit Journalistinnen und Journalisten, die kritisch berichtet hatten und aufklären wollten. Dieser versuchte Angriff auf die Pressefreiheit war ein Unding und darf in einer Demokratie nicht toleriert werden. Ebenso wurden diejenigen, die auf die Fehler hinwiesen haben über Jahre immer wieder mundtot gemacht, während dieje-

nigen Karriere machten, die schamlos die Wahrheit vertuscht haben. Offensichtlich hat Frau von der Leyen keinen Überblick über das **Chaos in ihrem Ministerium** und hat nicht reagiert als die entsprechenden Hinweise und Unterlagen im Frühjahr des letzten Jahres sogar in ihrem eigenen Büro lagen. Sie hat sie nicht einmal selbst gelesen. Eine Ministerin trägt am Ende die Verantwortung für alle Abläufe und kann die Schuld nicht von sich schieben.

Und so bleibt am Ende die Frage, warum sowohl Thomas de Maizière als auch Ursula von der Leyen nicht früher handelten. Die Verteidigungsministerin behauptet gerne, dass sie bei ihrem Amtsantritt viele widersprüchliche Berichte vorgefunden habe und sie daraufhin mit einer neuen umfassenden Untersuchung endlich die Wahrheit herausfinden wollte. Dieser Darstellung ist schlichtweg falsch. Im Gegenteil, ein **gravierendes und lang bekanntes Problem wurde über Jahre hinweg gegenüber Parlament und Öffentlichkeit falsch dargestellt** und gleichzeitig dessen **dringende Lösung verschleppt und verhindert**. Sämtliche dem Parlament und der Presse bekannten Berichte zum Treffverhalten des G36 zeichneten seit 2010 ein klares Bild: Die Ursachen liegen eindeutig auch bei der Waffe. Lediglich ein Bericht kam zu dem Schluss, dass allein die Munition für das mangelhafte Präzisionsverhalten des G36 verantwortlich sei.

Wir werden wohl leider nie die ganze Wahrheit über die G36-Affäre erfahren, denn der Untersuchungsausschuss scheint nach dem „Nein“ der Linkspartei endgültig vom Tisch. Warum die Linkspartei sich weigert, ist mir schleierhaft. Ich werde jedoch weiter versuchen, Licht in das Dunkel der G36-Affäre zu bringen und eine Politik, die den Interessen der Rüstungsindustrie dient, nicht und nie tolerieren.



HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner@wk.bundestag.de

GLYPHOSAT: KREBSRISIKO ERNST NEHMEN

Seit März gilt das Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat offiziell als „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“. Die Experten der internationalen Krebsforschungsagentur (IARC) der WHO stuften den Allround-Pflanzenkiller in die zweithöchste Risikostufe ein. Seither schlägt die Debatte hohe Wellen. Denn es geht aktuell um viel: Wird das Pflanzengift nochmals für zehn Jahre in der EU zugelassen oder nicht? Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) spielt bei dieser Entscheidung eine maßgebliche Rolle – und propagiert weiter die Harmlosigkeit von Glyphosat. Das BfR beruft sich dabei auch auf zweifelhafte „Studien“, die in Wahrheit wissenschaftliche Leserbriefe von Monsanto-Mitarbeitern waren, wie unsere Kleine Anfrage ergab.

In diesen Tagen wird die Veröffentlichung der ausführlichen Begründung der WHO-Krebsexperten erwartet. Die IARC-Monografie zu Glyphosat soll noch im Juli erscheinen. Wenn sie vorliegt, gibt es keine Ausreden mehr für Bundesregierung und Behörden. Das Dauerlametta „schlecht nachvollziehbar“ gilt dann nicht mehr. Wenn sich der Krebsverdacht gegen Glyphosat erhärtet, müssen endlich ernsthafte Konsequenzen her. Bundesregierung und BfR müssen sich jetzt gründlich mit der IARC-Einstufung auseinandersetzen, statt sie weiter zu verharmlosen und den internationalen WHO-Krebsexperten im Schulterschluss mit dem größten Glyphosatproduzenten Monsanto Voreingenommenheit und mangelhafte Arbeit zu unterstellen. Die unterschiedlichen Einschätzungen des Glyphosat-Krebsrisikos sollen im Herbst von einem weiteren WHO-Gremium, dem JMPR, geklärt werden. Bedenklich ist allerdings, dass zum Leiter dieses Gremiums ausgerechnet Roland Solecki vom BfR benannt wurde, der maßgeblich für die bisherigen Unbedenklichkeitsbescheinigungen der deutschen Behörde für Glyphosat verantwortlich ist.

Ein Pflanzengift mit der Einstufung „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ darf in der EU nicht zugelassen werden. Es kann keine Neuzulassung für Glyphosat geben, wenn die Einstufung bestätigt wird. Sollte jetzt versucht werden, die EU-Regeln so aufzuweichen, dass Glyphosat trotz Krebsgefahr erneut zugelassen werden kann, wäre das ein schwerwiegender Verrat an der Gesundheit der Menschen für die Profitinteressen der Konzerne. Die Bundesregierung muss das auf jeden Fall verhindern.

Kurzfristig brauchen wir einen Verkaufsstopp an Privat Anwender, Anwendungsverbote im öffentlichen Bereich und Regeln zur weiteren Einschränkung der Glyphosat-anwendung in der Landwirtschaft. Die Landwirte müssen beim Umstellen auf alternative Methoden der Unkrautbekämpfung unterstützt werden, damit sie künftig ohne den Allround-Killer auskommen. Dass das sehr gut möglich ist, beweist die ökologische Landwirtschaft seit Jahren.

Der Bundestags-Agrarausschuss wird sich am 28. September in einer Öffentlichen Anhörung mit der Krebsgefahr durch Glyphosat beschäftigen. Dann müssen auch Union und SPD endlich Farbe bekennen. Wenn sie ihre Verantwortung für die Menschen ernst nehmen, müssen sie unserem Antrag (Drucksache 18/5101) auf Aussetzung der Glyphosat-Zulassung zustimmen, den wir im Juni in den Bundestag eingebracht haben.

GENTECHNIK-ANBAUVERBOTE: SOGAR CSU GEGEN SCHMIDT

Bundesweite Anbauverbote für Genmais und andere Gentechnikpflanzen wollen so gut wie alle Akteure – nur Minister Schmidt macht nicht mit. Trotzig beharrt er auf seinem Entwurf, der die Hauptverantwortung für die Verbote an die Bundesländer abschieben will und beruft sich dabei auf die angebliche „größere Rechtssi-

GLYPHOSAT, GENTECHNIK, WALDGESETZ: SCHMIDT BLEIBT TATENLOS



cherheit" seiner Variante. Inzwischen steht Schmidt damit allerdings auf reichlich verlorenem Posten. Die Rechtsgutachtenschlacht der Ministerien um diese Frage hat er mit einem 2:4 deutlich verloren. Ein missliebige Gutachten aus seinem eigenen Thünen-Institut, das sich ebenfalls für die bundesweite Lösung ausspricht, hielt der Minister lange unter Verschluss – erst auf unsere Nachfragen gelangte es an die Öffentlichkeit.

Sogar Schmidts eigene CSU will die bundesweite Lösung. Umweltministerin Hendricks und die SPD sowieso. Angesichts dieser verfahrenen Lage haben mehrere grüne AgrarministerInnen jetzt einen eigenen Gesetzesentwurf für flächendeckende Gentechpflanzen-Anbauverbote in den Bundesrat eingebracht. Nach der parlamentarischen Sommerpause muss auf allen Ebenen zügig weiter beraten werden, damit das Gesetz rechtzeitig zur kommenden Anbausaison fertig ist. Minister Schmidt muss seine Blockadehaltung endlich aufgeben. Schließlich könnte die EU-Kommission jederzeit die von der Bundesregierung letztes Jahr mit durchgewinkte Anbauzulassung für den Genmais 1507 aussprechen.

REGIERUNG NIMMT GENTECHFREIHEIT NICHT ERNST

Schon die Gentechnik-Anbauverbote sind nur ein schlecht kaschierter Versuch der Befürworter, endlich viel mehr EU-Zulassungen für Genmais und Co. zu erreichen und bergen juristische Probleme, um die es jetzt auch in der Debatte um die nationale Umsetzung geht. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat vor kurzem noch einen draufgesetzt und jetzt auch noch die Möglichkeit nationaler Import- und Verkaufsverbote für einzelne Gentech-Pflanzen ins Spiel gebracht, was angesichts des gemeinsamen EU-Binnenmarkts wirklich vollkommen absurd und undurchführbar ist. Auch Mi-

nister Schmidt kritisiert diesen Vorschlag, allerdings mit einem bemerkenswerten Akzent: die deutschen Tierzüchter und Fleischproduzenten seien doch auf Gensojafutter angewiesen, ein Verbot würde ihre Existenz gefährden. Es ist offenbar nicht besonders weit her mit dem Ernstnehmen der „Vorbehalte der Bevölkerung“ gegenüber der Gentechnik.

Das zeigt sich auch daran, dass Christian Schmidt die ebenfalls im Koalitionsvertrag versprochene erweiterte Kennzeichnung für tierische Lebensmittel, die mit Hilfe von Gentech-Futter produziert wurden, ganz nebenbei sang- und klanglos in seinem agrarpolitischen Bericht beerdigen wollte. Nachdem wir öffentlich darauf aufmerksam gemacht hatten, beeilte sich der Minister zu versichern, das sei nur der derzeitige Stand und er sei selbstverständlich höchst aktiv in dieser Sache auf EU-Ebene. Wir werden ihn beim Wort nehmen und uns regelmäßig nach dem Stand der Dinge erkundigen.

WALD: GESETZÄNDERUNG NICHT LÄNGER BLOCKIEREN

Das Bundeskartellamt hat Baden-Württemberg jetzt definitiv die Holzvermarktung und Erbringung forstlicher Dienstleistungen im Kommunal- und Privatwald untersagt. Landes-Forstminister Alexander Bonde wird diese falsche Entscheidung vor Gericht anfechten. Das Bundeskartellamt sieht den Wald nur als Holzlager und ignoriert komplett die vielfältigen Waldfunktionen für das Gemeinwohl. Ausgerechnet die CDU hat Alexander Bonde mangelnden Einsatz für den Wald vorgeworfen. Dabei hätte es den vor allem von der Union gebraucht. Sie darf die überfällige und von allen Akteuren für richtig befundene Änderung des Bundeswaldgesetzes nicht weiter aus parteipolitischem Kalkül blockieren. Der längst vorliegende Entwurf muss endlich vom Bundeskabinett verabschiedet werden!



MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99726140, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

NEUE FERNVERKEHRSZÜGE DER DB LASSEN HOFFEN – ES WIRD ABER ENGER IM ZUG

Die grüne Bundestagsfraktion hat in einer Kleinen Anfrage nachgefragt, wann die DB-Fahrgäste mit neuen Fernverkehrszügen rechnen können und wie diese ausgestattet sein werden.

Nach Aussage der DB sollen ab 2017 die ersten ICx geliefert und eingesetzt werden. Die DB will dadurch einerseits ihre Fernverkehrsflotte verjüngen und andererseits den täglichen Fahrzeugmangel in Griff bekommen. Insgesamt wurden 130 Züge bestellt, die bis zum Jahr 2023 ausgeliefert werden sollen. Im langsameren IC- und Regionalverkehr sollen ab dem nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2015 erstmals in Deutschland aus dem Nahverkehr vertraute Doppelstockzüge eingesetzt werden. Bis 2017 werden laut Angaben der DB 44 zusätzliche Züge die derzeitige IC-Flotte verstärken.

Die gute Nachricht für die Fahrgäste ist, dass endlich eine realistische Hoffnung auf neue Fernverkehrszüge besteht und die DB damit hoffentlich die für den Fahrgast nervigen Störungen und Zugausfälle durch Fahrzeugmangel und veraltetes Wagenmaterial in den Griff bekommt. Die Bewertung der tatsächlichen Verbesserung des Reisekomforts fällt leider nicht so klar positiv aus. Während im ICE-Verkehr endlich die Fahrradmitnahme möglich und mehr Platz für Gepäck vorhanden sein wird, leidet die DB durch die neuen Doppelstockwagen im IC-Verkehr leider auch Komfortverluste mit ein. Der Speisewagen, der heute noch auf vielen IC-Verbindungen Bestandteil ist, wird abgeschafft. Insgesamt wird es enger werden. Anders als in den neuen ICE-Zügen werden vor dem steigenden Bedarf an Gepäcktauraum, den die DB selbst auch erkannt hat, die Augen verschlossen.

NEUES VON S21

Es war nicht alleine der „Tatort“ vom Sonntagabend vor wenigen Wochen, der den Blick auf eine der größten Baustellen der Republik lenkte. Es sind auch die realen Probleme dieses Milliardenprojekts und die offenen Fragen, die wie Pech an ihm kleben. Auf Antrag der beiden Oppositionsfraktionen kam es zu einer Anhörung im Bundestags-Verkehrsausschuss. Und die begann gleich mit Ärger: Während die Sachverständigen von Grünen und Linken vorab ihre Berichte schriftlich einreichten, hatten die der Regierungsfaktionen überhaupt nichts vorzulegen. Stattdessen nutzten Union und SPD ihre Mehrheit, um nicht mehr Öffentlichkeit zuzulassen als unvermeidlich. In der Sache sind zwei Dinge festzuhalten: Die Zulaufstrecken nach Stuttgart – insbesondere in Zuffenhausen – stellen Engpässe dar. Bei der Gleisneigung an Bahnhöfen wird angesichts moderner Züge, die aufgrund des geringeren „Losbrechwiderstandes“ schneller ins Rollen kommen, ein Regelungsbedarf gesehen. Hierzu habe ich vor wenigen Tagen einen umfassenden Brief an das Eisenbahnbundesamt geschickt. Darin fordere ich Auskunft über die Sicherheitsnachweise bei S21. In Köln machen sich bei deutlich geringerer Gleisneigung als in Stuttgart vorgesehen regelmäßig Züge selbstständig. Dadurch entstehen immer wieder gefährliche Situationen für ein- oder aussteigende Fahrgäste. Für die größte Überraschung gesorgt hat aber ausgerechnet die Bundesregierung. Sie hat erklärt, dass sie einen Projektabbruch nicht ausschließen könne. Damit wollte sie wohl dokumentieren, dass der DB-Aufsichtsrat unbeeinflusst von der Politik seine Entscheidungen trifft. Aufgrund mehrerer Aussagen aus Politik und Bahnkonzern muss das aber massiv bezweifelt werden. Tatsache ist: Bei weiteren Kostensteigerungen muss die Wirtschaftlichkeit neu überprüft werden. Diesen wird dann aber der bis dahin erzielte Baufortschritt gegenüber gestellt. Vor wenigen Jahren wären diese Probleme alle noch vermeidbar gewesen ...

NEUES VON **DB-FERNVERKEHR, S21, RHEINTALBAHN UND CARSHARING**

RHEINTALBAHN: ENTSCHEIDUNG DES PROJEKTBEIRATS JETZT UMSETZEN

Das große Engagement von Bürgerinitiativen und Kommunen hat zum Durchbruch beim Ausbau der Rheintalbahnbahn geführt. Am 26. Juni traf der aus VertreterInnen von Bund, Land und Region bestehende Rheintalbahnbahn-Projektbeirat Entscheidungen über die letzten offenen Punkte auf dem Streckenabschnitt Basel-Karlsruhe. Auch wenn nicht alle Forderungen aus der Region berücksichtigt werden konnten, gibt es deutliche Verbesserungen für Mensch und Umwelt im Rheintal. Damit ist der Projektbeirat ein Beispiel für erfolgreiche Bürgerbeteiligung bei Großprojekten.

Möglich wurde die Einigung durch die freiwillige Beteiligung des Landes Baden-Württemberg an zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen. Diese Beteiligung ist daher zu begrüßen – allerdings ist der Bau von Schienenwegen eigentlich allein die Sache des Bundes. In Zukunft muss sich der Bund dieser Verantwortung stärker stellen und den Ausbau der Rheintalbahnbahn nun ohne weitere Verzögerungen voranbringen.

Das ist die Bundesregierung auch ihren Nachbarstaaten schuldig, denen sie einen deutlich schnelleren Ausbau der Rheintalbahnbahn versprochen hatte. Um weitere Verzögerungen zu verhindern, muss die Deutsche Bahn AG künftig von Beginn an realistische und menschenfreundliche Baupläne vorlegen. Die grüne Bundestagsfraktion fordert jetzt einen zeitnahen Bundestagsbeschluss zur Umsetzung der Entscheidungen des Projektbeirats.

CARSHARING-BOOM: BW AN DER SPITZE

Das Teilen von Autos wird immer beliebter und die Versorgung mit Carsharing-Angeboten deutschlandweit immer besser. Vorreiter sind Städte aus Baden-Würt-

temberg: Vier der sechs Städte mit den besten Carsharing-Angeboten stammen aus dem „Ländle“ (Karlsruhe, Stuttgart, Freiburg, Tübingen), wie eine aktuelle Studie des Bundesverbandes CarSharing e. V. zeigt (<http://www.carsharing.de/staedte-ranking/index.html>). Diese Entwicklung ist sehr erfreulich, weil Carsharing – gemeinsam mit dem ÖPNV und dem Fahrrad – zum Rückgang des Autoverkehrs beiträgt. Carsharing-NutzerInnen schaffen den eigenen PKW häufig ab und fahren durchschnittlich seltener Auto als Personen, die ein eigenes Auto besitzen. Daher ist Carsharing eine große Chance für verstopfte und feinstaubüberlastete Innenstädte wie zum Beispiel in Stuttgart. Zudem entspricht es dem Wunsch von 82 Prozent aller Deutschen nach weniger Autos in Städten.

Für den Erfolg von Carsharing-Angeboten sind die Stellplätze für die Fahrzeuge besonders wichtig. Hier muss die Bundesregierung endlich liefern und das längst überfällige Carsharing-Gesetz auf den Weg bringen. Das Gesetz muss stationsgebundene und stationsungebundene Carsharing-Formen gleichermaßen berücksichtigen. Bei angemessenen politischen Rahmenbedingungen stehen wir erst am Anfang der Bewegung weg vom eigenen PKW hin zum geteilten Auto.

HINWEIS AUF MATERIALIEN

Meine Best-Practice-Broschüre „Nachhaltige Mobilität auf dem Land“ hat Gesellschaft bekommen: Die Broschüre „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“ stellt ebenfalls nachahmenswerte Ideen vor und kann über mein Regionalbüro bezogen werden. Außerdem weise ich auf eine kleine Broschüre zur grünen Tierschutzpolitik hin, die Nicole Maisch, Harald Ebner und ich gemeinsam erstellt haben. Sie eignet sich für Infotische.



SYLVIA KOTTING-UHL

SPRECHERIN FÜR ATOMPOLITIK

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 1518687, Fax 0721 / 1518690, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

ATOMAUSSTIEG KONSEQUENT ZU ENDE FÜHREN

Ende 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet sein. So hat es der Deutsche Bundestag nach dem GAU von Fukushima fraktionsübergreifend beschlossen. Mancher meint, damit sei das Thema abgeräumt. Doch so einfach ist es nicht. In Deutschland sind weiterhin Atomfabriken in Betrieb, die Sicherheit der noch laufenden Atomkraftwerke entspricht nicht zweifelsfrei dem höchsten Standard, immer noch werden Steuermittel in die Erforschung atomarer Technologien versenkt. Der geplante Neubau von Atomkraftwerken in Europa oder die Risiken grenznaher Uralt-AKW sind für die Bundesregierung offenbar kein Thema. Die großen Energiekonzerne versuchen, sich mit Klagen oder der Aufspaltungen ihrer Unternehmen vor der finanziellen Verantwortung für die Folgen der Atomstromproduktion zu drücken. Ein glaubwürdiger Abschied von der Atomkraft sieht anders aus. Er muss konsequent umgesetzt werden und er muss europäisch und global zum Gelingen einer Energiewende beitragen.

ATOMFOLGEKOSTEN: ÖFFENTLICHER FONDS STATT BAD BANK

Die Gefahr ist real, dass milliardenschwere Abwicklungskosten des Irrwegs Atomkraft auf die SteuerzahlerInnen abgewälzt werden. Die finanzielle Vorsorge der Stromkonzerne wird für den Rückbau der Atomkraftwerke und die Entsorgung des Atommülls am Ende nicht ausreichen. Das ist das Fazit eines Gutachtens, das im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellt wurde. Als Lösung des Problems empfehlen die Gutachter einen öffentlich-rechtlichen Fonds, wie ihn auch die grüne Bundestagsfraktion seit langem fordert. Insbesondere die Aufspaltung der beiden Atomkonzerne Vattenfall und E.on zeigt die Gefahr auf, dass hinter den Rückstellungen immer weniger tatsächliche Werte stecken. Es gibt noch keine rechtliche Handhabe, um zu verhindern, dass im Zuge von Konzern-Umstrukturierungen und -Auf-

spaltungen die finanzielle Verantwortung auf immer kleinere Konzernteile übertragen wird. RWE hat zwar keine derartigen Absichten verkündet, meldet aber düstere Geschäftsaussichten und Verluste. Die Bundesregierung geht mit dem Problem weder sachgerecht noch transparent um. Wir brauchen zügig eine solide gesetzliche Fondslösung mit Nachschusspflicht.

UNSERE AKW SIND SICHER?

Nach Fukushima sollten die deutschen Atomkraftwerke auf höchste Sicherheitsstandards gebracht werden. Wie sieht das in Gundremmingen aus? Hier steht Deutschlands größter Atom-Meiler an der Grenze zu Baden-Württemberg. Seit über zwei Jahren ist bekannt, dass die beiden Blöcke Gundremmingen B und C einem Erdbeben nicht mit Sicherheit standhalten. Ob ihre Not- und Nachkühlssysteme einen Störfall aushalten würden, ist unklar. Trotzdem läuft das AKW weiter. Die bayerische Atomaufsicht verschleppt die Klärung dieses zentralen Problems. Sie scheint aus Fukushima keine Lehre ziehen zu wollen. Ich fordere die Bundesregierung auf, Gundremmingen stillzulegen, bis die Erdbebensicherheit nachgewiesen ist.

GRENNAHE URALT-MEILER ABSCHALTEN

Aus gutem Grund wurden nach Fukushima die acht anfälligsten AKWs in Deutschland sofort stillgelegt. Doch in vielen EU-Staaten sind weiterhin Schrottmeyler in Betrieb. Der Zustand vieler europäischer Anlagen ist weit aus schlechter, als es durch den sogenannten AKW-Stresstest der EU suggeriert wurde. Gerade auch AKWs nahe der deutschen Grenze sind teils in einem miserablen Zustand. Risse im Grundmaterial der Reaktor-druckbehälter in den belgischen Atomkraftwerken Doel-3 und Tihange-2, unzureichender Überflutungsschutz im lothringischen AKW Cattenom. Mein größtes Sorgenkind aber ist Fessenheim. Erst im März musste ein Reaktorblock der Anlage wegen undichter Rohrleitungen

ATOMAUSSTIEG KONSEQUENT ZU ENDE FÜHREN

stillgelegt werden. Das Pannen-AKW liegt einen Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Es ist nicht hinreichend gegen Erdbeben und Überschwemmungen geschützt und stellt eine unkontrollierbare Bedrohung für die Bevölkerung rechts und links des Oberrheins dar. Mehr noch für die baden-württembergische Seite, denn meistens weht der Wind zu uns. Die Bundesregierung muss endlich mit klaren Forderungen an die französische Regierung herantreten!

KEINE STAATLICHE FÖRDERUNG FÜR NEUE AKW

In Großbritannien soll mit massiver staatlicher Förderung ein neues Atomkraftwerk gebaut werden. Noch kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit genehmigte die alte EU-Kommission mit tatkräftiger Beihilfe des deutschen EU-Kommissars Günther Oettinger im Oktober 2014 die staatliche Subvention für den Neubau. Die britische Regierung will den Betreibern von Hinkley Point C einen fixen Strompreis bis in die 50er Jahre dieses Jahrhunderts zusichern, der schon heute über der Einspeisevergütung für neue Solar- und Windanlagen liegt. Dazu kommen Inflationszuschläge, Kreditgarantien sowie Kompensationszahlungen für den Fall, dass Großbritannien einen Atomausstieg anstrebt.

Die milliardenschwere Subvention widerspricht dem europäischen Wettbewerbsrecht. Die Kommission konstruierte aus der Nicht-Finanzierbarkeit von Atomkraftwerken ein "Marktversagen". Stadtwerke und Ökostrom-Unternehmen klagen nun gegen die Beihilfeentscheidung. Die EU-Mitgliedsstaaten Österreich und Luxemburg ebenfalls. Die deutsche Bundesregierung schweigt. Unsere Aufforderung zur Klage gegen diesen Irrsinn lehnte die große Koalition im Bundestag ab. Die SPD im Bund führt das EEG als Grund an. Als wäre es nicht ein Unterschied, ob eine neue Technologie auf dem Weg in die Marktfähigkeit subventioniert wird oder eine 60 Jahre alte, die sich nicht mehr rechnet, seit man weiß wie teuer sie ist. Auch auf Euratom bezieht sich die Begründung der Kommission für die Beihilfe. Ein Grund mehr,

dieses atomare Förderprogramm von deutscher Seite aus zu kündigen, um den Weg für eine zeitgemäße Energiepolitik in Europa zu ebnen.

ATOMFABRIKEN GRONAU UND LINGEN DICHTMACHEN

Die Uran-Anreicherungsanlage Urenco im westfälischen Gronau und die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen dürfen auch nach 2022 weiter betrieben werden. Trotz hoher Transportaufkommen und gefährlicher Überreste sieht die Bundesregierung hier keinen Widerspruch zum Atomausstieg. Die beiden Atomfabriken sorgen in aller Welt dafür, dass sich das Atom-Karussell weiter dreht. Zu einem ehrlichen Atomausstieg gehört die Schließung dieser Anlagen!

ATOMFORSCHUNG NUR NOCH FÜR RÜCKBAU UND ENDLAGERUNG

Auch in der Energieforschung gibt es noch keinen Atomausstieg. Noch immer wird die Forschung an Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation mit Steuergeldern unterstützt. Techniken, die bei erfolgreicher Umsetzung den Wiedereinstieg in die Atomwirtschaft bedeuten. Im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung sind dafür 600 Millionen Euro eingestellt. Ich fordere, keine weiteren öffentlichen Gelder in Technologien zu stecken, die dem Atomausstieg widersprechen. Auch der Verbleib anderer Länder im Risiko Atomkraft soll nicht mit deutschem Steuergeld unterstützt werden. Wenn die Energiewende in Deutschland erfolgreich verläuft, werden auch andere Länder eine Energiezukunft jenseits von Atomtechnologie und fossilen Energieträgern wählen.

Die Energiewende braucht den Atomausstieg. Der Atomausstieg braucht Konsequenz. Mit dem Abschalten der AKWs ist es nicht getan. Wir brauchen einen kompletten Atomausstieg und einen klaren Kurs für den Ausbau der erneuerbaren Energien.



CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Am Lustnauer Tor 6, 72074 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

WOHNGELD: ELEMENTAR FÜR BEZAHLBARES UND KLIMAFREUNDLICHES WOHNEN

In vielen Ballungsräumen und Universitätsstädten wie Stuttgart, Freiburg oder Tübingen explodieren die Mietpreise, Häuser werden luxussaniert und bezahlbarer Wohnraum wird knapp. Wohnungen sind längst zur Ware und zum Spekulationsobjekt geworden. Doch die schwarz-rote Bundesregierung lässt den Märkten fast uneingeschränkt freie Hand. Für viele Menschen bleibt Wohnen ein hoher Kostenfaktor, trotz Mietpreisbremse. Denn viele Ausnahmen schwächen diese durchlöchernte Mini-Mietpreisbremse. In Deutschland fehlt eine Gesamtstrategie für bezahlbares und klimafreundliches Wohnen. Dazu gehören ein sozial-ökologisches Mietrecht und ein gemeinwohlorientierter Wohnungsbau. Beides liegt noch in weiter Ferne und bedarf weiterhin großer Anstrengungen seitens der Politik. Ein modernisiertes Wohngeld wäre ein elementarer Baustein für bezahlbares und klimafreundliches Wohnen in Deutschland. Denn das Wohngeld ermöglicht es Menschen mit geringem Einkommen, ihre Miete zu bezahlen ohne Grundsicherung in Anspruch nehmen zu müssen.

WOHNGELDREFORM: EINE VERPASSTE CHANCE

In den letzten sechs Jahren gab es keine Anpassung des Wohngelds. In einem Akt von Kältherzigkeit haben Union und FDP 2011 außerdem den Heizkostenzuschuss gestrichen und damit das Wohngeld massiv gekürzt. Seitdem sind die Warmmieten in Deutschland durchschnittlich um 9 Prozent gestiegen. Das hat zu massiven sozialen Verwerfungen in den Städten geführt. Allerdings haben die Bundesregierung und Bauministerin Hendricks mit dieser „Wohngeldnovelle“ eine große Chance vertan, da sie die drängenden Probleme beim

Wohngeld nicht anpacken. Sie schicken viele Menschen auf eine Rutschbahn, bei der es steil bergab geht. In den nächsten Jahren werden viele Bezieherinnen und Bezieher aus dem Wohngeldbezug herausfallen und in die Grundsicherung abrutschen. Die nun verabschiedete Novelle reicht noch nicht einmal an das Niveau von Schwarz-Gelb aus dem Jahr 2009 heran. Der geballte Sachverstand der Expertinnen und Experten in der Ausschussanhörung blieb ungehört, obwohl sich Wohnungswirtschaft und Mieterbund, Deutscher Städtetag und Caritas einig waren, dass dieser Reform drei grundlegende Elemente fehlen: Zum einen die Dynamisierung, die gewährleistet, dass das Wohngeld zu den Bedürfnissen der Menschen mit kleinen Einkommen passt, zum anderen eine separate Berücksichtigung der Heizkosten, um die steigenden Heizkosten abzufedern, und letztendlich ein Klimabonus, um klimafreundliches Wohnen auch für Menschen mit geringem Einkommen zu ermöglichen.

KLIMASCHUTZ MIT KLIMAWOHNUNGSGELD

Gerade beim Klimawohngeld zeigt sich, dass diese Bundesregierung zur Halbzeit der Legislaturperiode schon eine lahme Ente ist. Zum wiederholten Mal wurde die Überprüfung einer Klimakomponente beschlossen, passiert ist bisher nichts. Schon im Nationalen Aktionsplan für Energieeffizienz hat die Bundesregierung einen Klimazuschuss versprochen und nie in die Tat umgesetzt. Wir wollen einkommensschwachen Haushalten ermöglichen, auch nach einer energetischen Sanierung in ihren Wohnungen zu bleiben. Statt Menschen mit niedrigem Einkommen davor zu bewahren, Grundsicherung beantragen zu müssen, betreibt die Große Koalition mit dieser Reform bloße Augenwischerei. Auch nach der Wohngeldnovelle bleibt es weiterhin eine große Auf-

KLIMAWOHNUNGSGELD UND *GRÜNE FREIRÄUME* IN DER STADT

gabe, das Wohngeld der sozialen Realität in unserer Gesellschaft anzupassen.

MEHR GRÜN IN DER STADT

Immer mehr Menschen in Deutschland leben in Städten. Doch viele von ihnen sehnen sich nach mehr Bäumen und Pflanzen, mehr Parks, Freiflächen und Kleingärten – nach mehr Grün. Der Wunsch nach mehr Natur geht einher mit den Herausforderungen wachsender Städte. Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Bildungsangebote, vernetzte Mobilität, Sozial- und Gesundheitsdienste, soziale Netzwerke locken zunehmend Menschen in die Ballungsräume. Doch die Probleme wachsender Städte sind offensichtlich. Autolärm führt an vielen großen Straßen zu Leerständen und Verödung, Feinstaub belastet die Gesundheit aller. Investoren und Stadtentwickler opfern oft wertvolle städtische Grünflächen und Freiräume für Wohnungsbau, der dann häufig unbezahlbar ist. Wir brauchen aber einen Wohnungsbau, der Spekulation vermeidet und gleichzeitig auf die Natur-Bedürfnisse der Städterinnen und Städter zugeschnitten ist. Bürgerinnen und Bürger, Investorinnen und Investoren und vor allem die Entscheider in Planungsämtern und Rathäusern sind gefordert. Um knappe Flächen in wachsenden Städten wird es immer Konflikte geben. Bürgerfrust staut sich auf an der Ignoranz mancher Regierenden und Flächeneigentümer, die allzu oft einseitig handeln. Die Politik muss den Mut haben, Bürgerinnen und Bürgern Brachen und Freiräume zu überlassen. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Zivilgesellschaft, in Gemeingüter, in die gemeinschaftliche Kreativität. Stadtgrün-Initiativen sind Teil größerer Bürgerbewegungen und eine demokratische Chance für unsere Städte: Sie sorgen für Lebensqualität und erfrischen und erneuern unsere Demokratie.

WOHNUNGSBAU UND GRÜNE FREIRÄUME

Es gibt eine Reihe ungenutzter Reserven für beides, für Wohnungsbau in Kombination mit grünen Freiräumen. Sie liegen im flächensparenden Wohnungsbau – etwa durch die Umnutzung von versiegelten Flächen wie Parkplätzen, der Aufstockung gewerblicher Flachbauten, und Dachgeschossausbau. Nur mit guten Planungsgrundlagen, geschultem Personal in Planungs- und Gartenämtern und transparenter Bau- und Grünplanung können wir bestehende Freiräume schützen. Einige Flächen, zum Beispiel Industrie- und Gewerbebrachen, sollten Städte immer in Reserve für unbekanntere Zukunftsaufgaben behalten und grün zwischennutzen.

BEPFLANZTE DÄCHER UND FASSADEN

Vor allem für Kinder bedeuten diese Räume unverzichtbare Erlebniswelten und Spielorte. Pflanzen filtern Schadstoffe und Feinstaub aus der Luft. In manchen Städten, wie etwa Hannover, werden klimatische Bedingungen genau erfasst. So können die Gegenden um Altenheime und Krankenhäuser begrünt werden, weil Pflanzen in heißen Sommern die Umgebungstemperatur um 5–8 Grad senken können.

ESSBARE STADT

Kleingärten erleben einen Imagewandel – sie werden auch für junge Leute immer attraktiver. Dazu kommen neue Garten- und Kiezinitiativen – das Urban Gardening. Den Nutzerinnen und Nutzern geht es um grüne Oasen und den Anbau eigener Lebensmittel. Dabei entsteht vielerorts auch ein neues soziales Miteinander, ein Netzwerk der Stadtgärtnerinnen und –gärtner, auch als Bewegung gegen die Privatisierung öffentlicher Räume.



BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

GEBURTSHILFE DAUERHAFT SICHERN

Seit längerer Zeit bekomme ich besorgte Zuschriften zur Situation der Hebammen in Deutschland. Die Briefe sind nicht nur von Hebammen. Sehr häufig schreiben mir auch werdende Eltern, die sich Sorgen machen, dass sie ihr Kind nicht so zur Welt bringen können, wie sie sich das wünschen, beispielsweise zu Hause oder in einem Geburtshaus. Und diese Sorge ist berechtigt. Denn massiv steigende Haftpflichtprämien führen dazu, dass immer mehr Hebammen ihren Beruf aufgeben oder zumindest keine Geburten mehr betreuen. Sie können es sich schlichtweg nicht mehr leisten. Auch im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sind die Hebammen schon seit längerem Thema. Als grüne Berichterstatterin begleite ich gerade eine zweite Petition von Eltern und im vergangenen Jahr hatte eine Hebamme eine öffentliche Anhörung zur Situation der Geburtshilfe erkämpft. Und auch hier wurde klar: Die Situation der Hebammen in Deutschland ist unhaltbar. Schon jetzt schließen immer mehr Geburtshäuser. Und auch in Kliniken, die mit freiberuflichen Hebammen – sogenannten Beleghebammen – arbeiten, zeigen sich bereits die Folgen. Erste Geburtsabteilungen wie beispielsweise auf Sylt schließen. Schwangere von Deutschlands prominentester Insel müssen seither vor der Geburt in sogenannte Boardinghäuser auf dem Festland, um dort ihre Kinder zur Welt zu bringen – weit weg von der Familie und anderer Unterstützung. Dadurch wird die Wahlfreiheit von werdenden Eltern, wo und wie sie ihr Kind bekommen wollen, auf unzumutbare Weise eingeschränkt. Das kommt auch in dem Film „Hebammen in Not“ sehr realistisch zum Ausdruck.

EISKALTES VERSICHERUNGSKALKÜL

Ohne Versicherung dürfen Hebammen nicht arbeiten. Doch seit 2003 steigen die Beiträge ins Unermessliche.

Vor allem die 3.500 freiberuflichen Hebammen, die Geburten begleiten, müssen tief in die eigene Tasche greifen, um sich abzusichern. Im Jahr 2003 zahlte eine freiberuflich tätige Hebamme rund 500 Euro pro Jahr für ihre Haftpflichtversicherung. Im Juli 2010 waren es rund 3.700 Euro. Das entspricht schon einer Steigerung um über 700 Prozent. Dann stiegen die Prämien auf 5.000 Euro pro Jahr und jetzt am 1. Juli erneut um 23 Prozent auf jährlich 6.274 Euro. All das, obwohl die Zahl der Kunstfehler bei Hebammen nicht gestiegen ist. Doch das eiskalte Versicherungskalkül rechnet anders. Hohe Prämien sind da gerechtfertigt, weil die individuellen Schadenssummen angestiegen sind. Die Ursachen dafür sind insbesondere die deutlich längere Lebenserwartung von Kindern mit Geburtsschäden, wesentlich höhere Schadensersatzsummen oder Schmerzensgeldzahlungen sowie Regressforderungen der Sozialversicherungsträger für medizinische Behandlung, Pflege oder Rentenzahlungen. Die Bundesregierung schaute dieser Entwicklung über lange Jahre hinweg tatenlos zu. Und entwickelte im vergangenen Jahr dann plötzlich hektisches Treiben.

REGRESSVERZICHT IST EINE ALIBIMASSNAHME

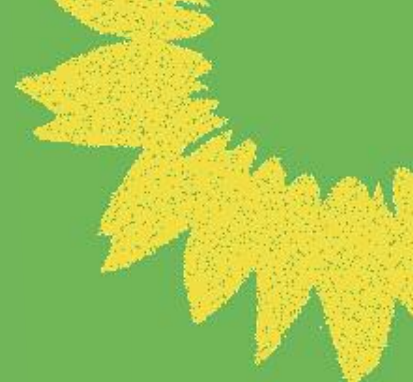
Im Versorgungsstärkungsgesetz für die Gesetzlichen Krankenversicherungen, das unlängst im Bundestag verabschiedet wurde, findet sich nun eine Regelung zur Versorgung mit Hebammenhilfe. Das klingt zunächst folgerichtig, denn in ihrem Koalitionsvertrag behauptet die Bundesregierung: „Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe ist uns wichtig. Wir werden daher die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen beobachten und für eine angemessene Vergütung sorgen.“

Was Bundesgesundheitsminister Gröhe mit seinem Gesetz nun jedoch vorgeschlagen hat, wird keine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Das Gesetz regelt

HEBAMMEN IN NOT

GEBURTSHILFE

DAUERHAFT SICHERN



einen Regressverzicht der Krankenkassen im Fall von Geburtsfehlern. Das klingt zunächst gut. Denn die Haftpflichtprämien für freiberufliche Hebammen sollen durch diesen Regressverzicht gesenkt werden. Dazu sollen die Kranken- und Pflegekassen künftig die Behandlungskosten für Kinder mit Geburtsschäden nicht mehr bei der Hebamme oder ihrer Versicherung einfordern können. Dadurch könnten die Versicherungen tatsächlich rund fünf Prozent ihrer Kosten einsparen. Die Haftpflichtprämie ist jedoch um gut 20 Prozent gestiegen. Den Hebammen bringt der Regressverzicht also herzlich wenig.

Außerdem gilt der Regressverzicht nicht immer. Wenn ein Geburtsschaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde, können die Krankenkassen weiterhin ihre Behandlungskosten für ein geschädigtes Kind von den Versicherungsgesellschaften zurückfordern. Was in Zukunft passieren wird, liegt auf der Hand: Die Kassen werden alles daransetzen, der betreffenden Hebamme grobe Fahrlässigkeit nachzuweisen. Und damit steigen die Anwaltskosten und der Verwaltungsaufwand. Der Regressverzicht bringt daher überhaupt nichts. Er ist eine reine Alibimaßnahme. Zudem beschränkt sich der Regressverzicht allein auf freiberufliche Hebammen. Die Bundesregierung hält das für berechtigt, da angestellte Hebammen ja nicht persönlich haften würden und keine vergleichbare Berufshaftpflichtversicherung abschließen müssten.

WIR BRAUCHEN EINE LÖSUNG FÜR ALLE GESUNDHEITSBERUFE

Wir Grünen meinen jedoch, solch eine Beschränkung ist falsch. Denn auch festangestellte Hebammen brauchen wegen mangelnder Versicherungshöhe der Kliniken oftmals eine zusätzliche Haftpflichtversicherung. Wir halten die Beschränkung auf Hebammen allgemein für

fragwürdig, denn auch andere Gesundheitsberufe leiden unter steigenden Prämien. Auch Gynäkolog*innen, die in Krankenhäusern als Belegärzt*innen in der Geburtshilfe arbeiten, haben mit drastisch gestiegenen Haftpflichtprämien zu kämpfen. Der Versicherungsmarkt schrumpft auch hier, vorerst vor allem für Berufsanfänger*innen. Die Versicherungsprämien, die Krankenhäuser für ihre angestellten Hebammen und Gynäkolog*innen zu entrichten haben, steigen ebenfalls seit Jahren kräftig.

In unserem grünen Antrag fordern wir daher die Regressbeschränkung nur als eine kleine Lösung, die schnell Abhilfe schaffen könnte. Aber wir fordern sie für alle Geburtsschäden. Es darf keine Ausnahmen geben. Außerdem wollen wir den Regressverzicht befristet nur für einen Übergangszeitraum, bis eine Lösung für alle Gesundheitsberufe gefunden ist. Denn langfristig ist eine grundlegende Neuordnung der Berufshaftpflicht vonnöten. Wir denken, die Prinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung könnten ein Vorbild für eine gesetzliche Berufshaftpflichtversicherung für alle Gesundheitsberufe sein.

Solch einen Ansatz hätte die wichtige gesellschaftliche Arbeit der Hebammen wirklich verdient. Die Versicherungsprämien-Spirale muss endlich gestoppt werden. Deshalb muss die Bundesregierung endlich geeignete Maßnahmen umsetzen. Denn nur so kann die wohnortnahe Versorgung von Schwangeren weiterhin sichergestellt werden. Diese gesellschaftliche Aufgabe muss die Bundesregierung endlich ernst nehmen, denn viel Zeit haben die Hebammen nicht mehr. Sind Strukturen erst einmal weggebrochen, wird es sehr mühselig, sie wieder aufzubauen. Und damit wäre nicht nur die Wahlfreiheit, sondern die geburtshilfliche Versorgung insgesamt gefährdet.



CEM ÖZDEMİR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65832900, Fax 0711 / 65832901, cem.oezdemir.ma05@bundestag.de

FÜR EINE NEUE GRÜNDERZEIT

Unter dem Motto „Die neue GRÜNderzeit“ fand im Juni unser grüner Wirtschaftskongress statt. Rund 300 Teilnehmer sowie zahlreiche ReferentInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft machten die einhalbtägige Veranstaltung zu einem vollen Erfolg. Auf den Podien diskutierten unter anderem Kardinal Reinhard Marx, Winfried Kretschmann, Ulrich Dietz, CEO und Vorstandsvorsitzender der GFT Technologies AG und Vize-Präsident vom Branchenverband BITKOM, Regine Günther vom WWF, Toni Hofreiter, Eveline Lemke, Tarek Al-Wazir, der Umweltforscher Prof. Dr. Michael Braungart und viele andere.

Die zentrale Frage ist für mich, wie wir zukunftsfähigen Wohlstand für alle erwirtschaften können – ohne Raubbau an Mensch und Natur zu betreiben. Derzeit sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Es geht aber auch anders: Erfolgreiche Beispiele, wie mit grünen Ideen schwarze Zahlen geschrieben werden, gibt es viele. Etwa im Bereich Energieeffizienz, hier arbeiten schon heute rund 800.000 Menschen, jährlich wird bereits ein Umsatz von 160 Milliarden Euro erzielt.

Für die ökologische Modernisierung brauchen wir funktionierende Märkte und fairen Wettbewerb. Eine innovative und nachhaltige Marktwirtschaft braucht mutige Gründerinnen und Gründer. Gleichzeitig ist aber klar: Markt und Wettbewerb führen nicht von selbst zu ökologisch und sozial wünschenswerten Ergebnissen. Es braucht dafür die richtigen Leitplanken und Rahmenbedingungen durch die Politik. Eine funktionierende ökologisch-soziale Marktwirtschaft benötigt ambitionierte

Grenzwerte, klare Mindeststandards und Zielvorgaben. Preise haben eine Lenkungsfunktion und dieser werden sie nicht gerecht, wenn der Verbrauch von knappen Ressourcen sich im Preis nicht widerspiegelt. Auch sind erhebliche Zukunftsinvestitionen in eine moderne Infrastruktur notwendig. Weiterhin stellt sich auf dem Weg zum 2-Grad-Ziel die Frage, wohin Investitionen fließen: in Kohle und Öl oder in Sonne und Wind? Wir sagen: divest now!

Mit der Digitalisierung findet gerade eine fundamentale Veränderung unserer Wirtschaft statt, die die Export- und Industrienation Deutschland in besonderer Weise betrifft. Das ist auch eine riesen Chance für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Doch mit Blick auf das derzeitige Agieren – beziehungsweise treffender formuliert: Nichtagieren – der Bundesregierung sind hier momentan keine innovativen politischen Impulse zu erwarten. Aber genau die braucht es: Erstens müssen wir die digitale Infrastruktur fit machen für die Zukunft. Und zweitens geht es beim digitalen Wandel um Sicherheit und um Vertrauen. Es ist unverantwortlich und mir unbegreiflich, wie blauäugig und phlegmatisch Schwarz-Rot hier auftritt.

FREIHEITSRECHTE IM DIGITALEN ZEITALTER

Kaum ein Tag vergeht momentan ohne neue Meldungen über Hacker-Angriffe und Spionage-Enthüllungen. Auch den Bundestag hat es voll erwischt. Offenbar ist es professionellen Angreifern gelungen, sich Zugriff auf das Parlamentsnetzwerk zu verschaffen. Die Umstände bleiben nebulös, eine baldige Bewältigung dieser IT-Krise scheint nicht in Sicht. Allen Appellen und Weckrufen

FREIHEITSRECHTE IM DIGITALEN ZEITALTER

zum Trotz, wie sie beispielsweise unser Netzexperte Konstantin von Notz seit Jahren formuliert, hat auch das deutsche Parlament viel zu wenig für seine IT-Sicherheit getan. Dem Bundestagsnetz, der Sicherheit hier gespeicherter Daten sowie der gesamten E-Mail-Kommunikation sind nicht mehr zu trauen. Es ist nicht auszuschließen, dass ein Geheimdienst mitliest und vertrauliche Dokumente abschöpft. Das ist überaus bedenklich und hat heftige Konsequenzen für die Arbeit der höchsten demokratischen Institution in unserem Land.

Auch die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte scheinen von der Spionage durch die NSA noch umfassender betroffen, als ohnehin schon bekannt war. Neu veröffentlichte Dokumente legen nahe, dass der US-Geheimdienst NSA im Kanzleramt bereits seit Helmut Kohls Zeiten systematisch mitlauscht. Ich bin gespannt, wie sich die aktuelle Bundesregierung zu diesen Hinweisen verhalten wird. Insbesondere da es sich hier nicht um irgendeinen Geheimdienst handelt, sondern um den eines demokratischen Staates, mit dem Deutschland lange und eng zusammenarbeitet. Bisher war leider keinerlei Aufklärungswille zu erkennen. Im Gegenteil: Schwarz-Rot blockiert regelmäßig unsere Versuche, Licht ins Spionage-Dunkel zu bringen. Es wird verharmlost, vertuscht und die Wahrheit gebogen. Wohl auch, weil die Rolle des deutschen Nachrichtendienstes BND im internationalen Spionage-Business mutmaßlich nicht ganz so unproblematisch ist, wie das Kanzleramt weismachen will.

Die Lethargie der Merkel-Bundesregierungen bei Datenschutz und -sicherheit fällt uns jetzt krachend auf die

Füße. Offenbar gleichgültig lässt Schwarz-Rot das Ausspähen von Bürgerinnen und Bürgern zu, auch Unternehmen können hier keine echte Hilfe erwarten. Diese faktische Untätigkeit kommt unsere Wirtschaft teuer zu stehen und gefährdet Arbeitsplätze, etwa wenn Know-how und Firmengeheimnisse abgeschöpft werden. Mangelndes Vertrauen in die IT-Sicherheit ist ein gravierendes Investitionshemmnis. Dabei hat die europäische IT-Industrie seit den Enthüllungen von Edward Snowden einen Wettbewerbsvorteil, wenn Unternehmen ihre Datacenter jetzt hier ansiedeln und nicht mehr in den USA. Da vermissen ich bei der Bundesregierung die Erkenntnis, dass Datenschutz und IT-Sicherheit ja auch eine Wachstumsbranche sein können – wenn man sie ernst nimmt und entsprechend pusht.

Vor allem geht es aber um unser aller Freiheit und Grundrechte! Denn Schwarz-Rot nur Untätigkeit vorzuwerfen, ist zugegebenermaßen nur die halbe Wahrheit: Beim Sammeln von Daten und bei Spähaktionen in Zusammenarbeit mit der NSA ist Deutschland durchaus aktiv. Die Snowden-Enthüllungen und unsere Bemühungen im Bundestags-Untersuchungsausschuss haben in den letzten zwei Jahren rechtsstaatsgefährdende Geheimdienstaktivitäten zutage gebracht. Wir drängen daher auf eine umfassende Aufklärung trotz hartnäckiger Blockade durch die Bundesregierung. Dem uneingeschränkten Zugriff der Geheimdienste auf unsere Kommunikationsinfrastrukturen treten wir entschieden entgegen. Unsere Grundrechte müssen auch im digitalen Zeitalter Bestand behalten.



DR. GERHARD SCHICK

SPRECHER FÜR FINANZPOLITIK

WWW.GERHARDSCHICK.NET

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.schick@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Kaiserring 38, 68169 Mannheim

Tel. 0621 / 4017252, Fax 0621 / 4018469, gerhard.schick@wk.bundestag.de

MEHR EUROPA STATT GREXIT

Am entscheidenden Krisenwochenende 11.–12. Juli 2015 hat die deutsche Bundesregierung nicht mehr vor einem Prozess der Desintegration in Europa zurückgescheut. Mit seinem Vorschlag „Grexit-auf-Zeit“ hat Finanzminister Schäuble die europäische Friedensordnung der Nachkriegszeit infrage gestellt. Europa muss ein Raum der Solidarität und der Kompromisse sein, nicht der Erpressung. Der Schaden für das Ansehen unseres Landes ist kaum abzuschätzen, die Kritik an Inhalt und Stil des Vorschlages waren vor allem außerhalb Deutschlands deutlich zu hören.

Es bleiben fundamentale Zweifel, ob die jetzt verabredeten Rahmenbedingungen wirklich aus der Krise führen. Denn anstatt dem Land eine wirklich langfristige Perspektive zu bieten, wird die kurzatmige Sparpolitik fortgesetzt. Dabei braucht Griechenland endlich Luft zum Atmen und eine nachhaltige Stabilisierung. Das ist auch im Interesse des deutschen Steuerzahlers, weil nur bei einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung eine Chance besteht, dass Griechenland Schulden zurückzahlen kann.

Darüber hinaus beschneidet das angedachte dritte Programm massiv die Souveränität Griechenlands. Natürlich ist das Vertrauen in das Handeln der griechischen Regierung in den letzten Monaten stark beschädigt worden. Dennoch rechtfertigt dies nicht, dass fortan alle Gesetze in wesentlichen Bereichen vorab mit den Geldgebern abgestimmt werden müssen. Ein solches Vorgehen ist ein starker Eingriff in die staatliche Souveränität und die Demokratie in Griechenland. Das wird den notwendigen Reformprozess erschweren.

Auch nach Aufnahme der Verhandlungen bleibt die Unsicherheit, ob Griechenland im Euro bleibt. Denn viele kurzfristige Etappenziele müssen dafür erreicht werden – da kann auch mal eine Bedingung unerfüllt bleiben, sofort ist das Grexit-Gespens zurück. Kurzfristig ruhen sich die Gläubiger und allen voran die deutsche Bundesregierung darauf aus, die Auswirkungen einer Staatspleite seien für den Rest der Eurozone vernachlässigbar, ja sie stärke sogar die gemeinsame Währung. Dies könnte sich als dramatische Fehleinschätzung erweisen. Denn nichts Geringeres als die Irreversibilität der gemeinsamen Währung wird durch den drohenden Grexit infrage gestellt. Auch wenn die kurzfristigen Reaktionen an den Märkten überschaubar sind, wird sich das Wissen um die Umkehrbarkeit des Euros wie ein langsames Gift in der Eurozone ausbreiten.

Die Kaputtsparpolitik in Griechenland ist gescheitert. Natürlich musste das extrem hohe Staatsdefizit wie auch das Außenhandelsdefizit zurückgeführt werden. Dauerhaft kann ein Land nicht mehr konsumieren, als es selbst erwirtschaftet. Aber dieser Anpassungspfad wurde kurzfristig und mit drakonischen Vorgaben gegangen, anstatt zunächst die Stabilisierung der Wirtschaft und die Reformierung des Staatswesens zu erreichen. Dadurch ist die Wirtschaftsleistung um mehr als ein Viertel eingebrochen – mit heftigen sozialen Folgen für die griechische Bevölkerung. Viele gehen in Suppenküchen, die medizinische Versorgung ist prekär geworden.

Die Ursachen der griechischen Krise reichen weit in die Vergangenheit zurück. Es besteht keine Frage, dass wir einem zutiefst reformbedürftigen Land gegenüberstehen. Die Syriza-Regierung hat die Chance vertan, mit glaubwürdigen Reformen Akzente für Vertrauen zu

MEHR EUROPA STATT GREXIT

setzen. Niemand hinderte sie nach dem Amtsantritt daran, zumindest erste Schritte bei der überfälligen Reform des Staatsapparats anzugehen, insbesondere in der Steuer- und Justizverwaltung. Aber eines muss man wissen: Sie sind gewählt worden, weil eine große Anzahl von Griechen eine neue politische Kraft gesucht hat, die mit dem alten Klientelsystem nichts zu tun hat und es überwinden kann. Doch anstatt solche Kräfte zu fördern, setzen viele in Bundesregierung und der großen Koalition auf die Kräfte, die dem Land die ganze Misere erst eingebrockt hatten – die Altparteien Nea Dimokratia und Pasok. So hat sich Angela Merkel nicht als Unterstützerin eines Umbaus des griechischen Staates angeboten, sondern im Gegenteil durch eine kurz-sichtige und ideologisch fundierte Sparpolitik anti-deutsche Ressentiments hervorgerufen.

Das laute „Oxi“ des griechischen Volkes hat seit dem Referendum die Verhandlungen in Brüssel erschwert. Ich respektiere aber die klare Aussage der Menschen gegen die Fortführung der katastrophalen Sparpolitik – und das nachdem die Banken schon eine Woche geschlossen waren! Gleichzeitig sind über 80 Prozent der Griechen für den Verbleib im Euro. Das ist kein Widerspruch, auch wenn den viele Politiker der Koalition konstruieren möchten. Wir brauchen ein anderes, ein solidarischeres Europa, das die soziale Frage nicht unbeantwortet lässt.

Deutschland und die europäischen Partner müssen jetzt die kurzfristige durch eine langfristige Perspektive ersetzen. Wir Grüne schlagen deshalb eine befristete Umschuldungslösung vor, die den Reformprozess und die wirtschaftliche Erholung in Griechenland so weit unterstützt, dass Griechenland seine Schulden auf Basis einer wachsenden Wirtschaft zurückzahlen kann. Dabei über-

nimmt der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die Kreditverpflichtungen von IWF und EZB, streckt die Rückzahlung und stundet die Zinszahlungen. So können sowohl die Schuldentragfähigkeit als auch die wirtschaftliche Erholung in Griechenland nachhaltig gesichert werden. Dadurch würde auch die leidige Debatte um das Für und Wider eines Schuldenschnitts beendet. Denn unser Vorschlag erleichtert die Schuldenlast, ohne sie nominal zu senken. Das können beide Seiten als Erfolg verkaufen – es wäre ein politischer Ausweg aus den verfahrenen Gesprächen.

Was es allerdings kurzfristig braucht, ist eine Lösung zur Stabilisierung des Bankensystems. Die monatelange Unsicherheit hat tiefe Spuren hinterlassen. Der Anteil notleidender Kredite stieg zuletzt auf über ein Drittel, die Kapitalflucht hat zu einer äußerst angespannten Liquiditätslage geführt. Es muss also nicht nur die Staatspleite abgewendet werden – nötig ist unbedingt auch eine nachhaltige Sanierung des Bankensektors, damit das Gespenst des Grexits verbannt ist und wieder investiert werden kann.

Die griechische Krise hat die Konstruktionsfehler der Eurozone zutage befördert: Eine gemeinsame Währung kann ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik und gemeinsame Steuern- und Ausgabenpolitik nicht funktionieren. Jetzt muss sich Europa entscheiden. Entweder machen wir entschiedene Schritte zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion mit mehr gemeinsamen Kompetenzen unter der demokratischen Kontrolle des Europaparlaments. Oder wir sind gezwungen, in krisenhafter Entwicklung zurück zu nationalstaatlicher Politik zu gehen. Wir Grünen sind da klar: Wir stehen für eine weitere europäische Integration.

BETREUUNGSWAHLKREISE

AALEN	Harald Ebner
ALB-DONAU	Beate Müller-Gemmeke
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Kerstin Andreae
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
CALW	Beate Müller-Gemmeke
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Kerstin Andreae
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HARDT	Gerhard Schick
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Matthias Gastel
HEILBRONN	Gerhard Schick
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Sylvia Kotting-Uhl
KONSTANZ	Gerhard Schick
LUDWIGSBURG	Cem Ozdemir
LÖRRACH	Kerstin Andreae
MAIN-TAUBER	Harald Ebner
MANNHEIM	Gerhard Schick
NECKAR-ODENWALD	Franziska Brantner
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
ODENWALD-KRAICHGAU	Gerhard Schick
ORTENAU	Sylvia Kotting-Uhl
PFORZHEIM/ENZKREIS	Gerhard Schick
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Cem Ozdemir
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Chris Kühn
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SIGMARINGEN	Agnieszka Brugger
STUTTGART	Cem Ozdemir
TUTTLINGEN	Chris Kühn
TÜBINGEN	Chris Kühn
ULM	Beate Müller-Gemmeke
WALDSHUT	Kerstin Andreae
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an **harald.ebner@bundestag.de**. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Ältere Ausgaben aus den vorangegangenen Wahlperioden sind im **SÜDWESTGRÜN**-Archiv auf **www.kotting-uhl.de** zu finden.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden- Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir ja leider nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für eurem Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner, MdB (Landesgruppensprecher)
Redaktion & Gestaltung: Sönke Guttenberg
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 / 227 73025
 Fax 030 / 227 76025
 harald.ebner@bundestag.de